

Pressemitteilung
Kiel, 29.10.2014

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Qualität vor Quote

Der Hauptausschuss des SSW hat auf seiner gestrigen Sitzung in Flensburg eine Reihe von Erwartungen an das Inklusionskonzept der Landesregierung geknüpft.

Nach fast vier-stündiger Debatte verabschiedeten die rund 50 Teilnehmer eine Resolution, in der die Landesregierung aufgefordert wird, insbesondere die Qualität der inklusiven Maßnahmen zu erhöhen. So sollen schrittweise mehr Ressourcen für die Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte, Schulassistenten und für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt werden. Die freie Schulwahl (Gemeinschafts- oder Förderschule) soll erhalten bleiben.

Konkret fordert der Hauptausschuss:

Die Resolution wurde einstimmig verabschiedet und wird in Kürze der Landesregierung durch den SSW-Landesverband zugestellt.

- Dass freiwerdende Mittel wegen der aus zeitlichen Gründen erst im Schuljahr 2015/16 möglichen Einführung von Schulassistenten für die Qualifizierung von Schulassistenten verwendet werden.
- Dass den Schulträgern bei der Einstellung von Schulassistenten klare Qualitätsanforderungen vorgegeben werden. Nur bei Erfüllung dieser Anforderungen dürfen die Zuschüsse gewährt werden.
- Dass die bisherige Finanzierung der Schulsozialarbeit in vollem Umfang aufrechterhalten und verstetigt wird.
- Dass die Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen der Fortbildung verstärkt für den Umgang mit Heterogenität und Inklusion sensibilisiert werden.
- Dass bei der Lehrerbildung die für inklusiven Unterricht erforderlichen pädagogischen und didaktischen Basisqualifikationen und die Grundlagen der Förderdiagnostik als verbindlicher Bestandteil vermittelt werden.
- Dass die schulische Berufsorientierung inklusiv gestaltet wird. Die Integrationsfachdienste sind einzubinden, um auch inklusiv beschulten Schülerinnen und Schülern frühzeitig eine Perspektive für den allgemeinen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu eröffnen.
- Dass der Träger der dänischen Minderheitenschulen (Dansk Skoleforening for Sydslesvig e.V.) gleichberechtigt Zuschüsse für Schulassistenten und Schulsozialarbeit erhält.

Die Resolution wurde einstimmig verabschiedet und wird in Kürze der Landesregierung durch den SSW-Landesverband zugestellt.